



## **Ermutigende Signale aus Warschau – Konzept für „sichtbares Zeichen“ jetzt zügig beschließen**

Jochen-Konrad Fromme zu der Reise von Staatsminister Bernd Neumann (CDU) im Februar nach Warschau

Die Delegationsreise von Staatsminister Bernd Neumann nach Warschau zur Erläuterung der Konzeption für ein „sichtbares Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung war ein voller Erfolg. Die Signale von polnischer Seite sind vor dem Hintergrund der Tatsache, dass echte Begeisterung für das Projekt kaum zu erwarten war, mehr als ermutigend. Seit nunmehr fast acht Jahren treten CDU und CSU für die Schaffung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ein. Ziel einer solchen Einrichtung ist es, die Geschichte von Flucht und Vertreibung der europäischen Volksgruppen im 20. Jahrhundert zu präsentieren, wobei die Vertreibung der Deutschen als zahlenmäßig größte Vertreibung einen Schwerpunkt bildet. Die Einrichtung soll ferner Forschung zur Vertreibungsgeschichte anregen und Erforschtes dokumentieren. Sie soll ein Ort der Begegnung und Versöhnung sein und einen Beitrag leisten, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft zu ächten. Auf Betreiben von CDU und CSU hat dieses Projekt unter dem Begriff „sichtbares Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD gefunden. In der zwischen Union und SPD verhandelten und jetzt von Staatsminister Neumann in Polen präsentierten Konzeption finden sich alle seit langem von CDU und CSU geforderten Elemente wieder. Die Konzeption für das „sichtbare Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung gewährleistet, dass eine hochrangige Einrichtung in staatlicher Trägerschaft entsteht. Der Kreis der Beteiligten gewährleistet, dass die

Einrichtung sowohl einen wesentlichen Beitrag zur wahrhaftigen Aufarbeitung der Geschichte als auch zu einer dauerhaften Verständigung und tiefen Aussöhnung zwischen Deutschland und besonders Polen als Nachbarn leisten wird.

Dass Polen sich der Schaffung dieser Einrichtung nicht entgegenstellt, ist nach den Verwerfungen im deutsch-polnischen Verhältnis in den vergangenen



**Jochen-Konrad Fromme**

Jahren ein ermutigendes Signal, die Entscheidung Warschaus, sich zunächst an der Einrichtung nicht zu beteiligen, ist vor diesem Hintergrund zu respektieren.

Die zwischen Union und SPD verhandelte Konzeption sollte nun zügig im Bundeskabinett beschlossen werden, damit die konkrete Erarbeitung fortschreiten kann. Es ist jetzt Aufgabe der deutschen Seite, durch die Art der Darstellung zu überzeugen und möglicherweise Polen zu gewinnen, sich zu einem späteren Zeitpunkt an dem Projekt zu beteiligen.

### **INHALT**

SEITE 2  
**TSCHECHEN MUSS NACH INITIATIVE DES UNMENSCHENRECHTSAUSSCHUSSES BENES-DEKRETE THEMATISIEREN**

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 3  
**KOOPERATION ZUR VERBESSERUNG DER INTEGRATION DEUTSCHER SPÄTAUSSIEDLER IN DEN ARBEITSMARKT VEREINBART**

IAV

SEITE 4  
**DAS „SICHTBARE ZEICHEN“ SOLL ZÜGIG IM BUNDESKABINETT BESCHLOSSEN WERDEN**

Bernd Neumann

SEITE 7  
**VERTREIBUNGSGESCHICHTE DER DEUTSCHEN IN HISTORISCHEN GESAMTZUSAMMENHANG STELLEN**

IAV

# Das „sichtbare Zeichen“ wird ein Projekt der Verständigung und Versöhnung werden

Jochen-Konrad Fromme zu den Äußerungen von Prof. Dr. Gesine Schwan zum „sichtbaren Zeichen“

Wieder einmal tritt die Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen, Prof. Dr. Gesine Schwan, mit absonderlichen Vorschlägen in Bezug auf das „sichtbare Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung in die Öffentlichkeit.

Diese erscheinen geeignet, bestehende Vorurteile und Befürchtungen in Polen gegenüber dieser Einrichtung zu stärken und sind deshalb zurückzuweisen.

Seit Jahren fordern und unterstützen CDU und CSU die Schaffung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin. Immer war damit das Ziel verknüpft, auf der Basis einer umfassenden und sorgsam Aufarbeitung der Geschichte einen Beitrag zur Verständigung und Aussöhnung auch mit unseren polnischen Nachbarn zu leisten. Das in der Koalition von CDU/CSU und SPD vereinbarte „sichtbare Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung folgt in seiner Konzeption diesem Geist.

Daher ist es auch sehr zu befürworten, dass Staatsminister Bernd Neumann in wenigen Tagen die Konzeption in Polen erläutern wird, auch um bestehende Vorurteile abzubauen. Da bedarf es keiner voreiligen Hinweise von Frau Schwan, den Polen sei eine Mitarbeit an der

Einrichtung nicht zuzumuten.

Es bleibt dabei, was auch in der jahrelangen Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegolten hat: Wenn die polnische Seite es wünscht, ist sie zur Mitarbeit an der Einrichtung herzlich eingeladen.

Deutlich zu widersprechen ist auch der Aussage von Frau Schwan, die Einrichtung würde zu einem Spaltpilz werden, sollte die Vertreibung der Deutschen nicht ausschließlich als Folge des Zweiten Weltkrieges dargestellt werden.

Einer solchen, längst widerlegten Aussage ist vielmehr der Vorwurf entgegenzuhalten, Geschichte umdeuten zu wollen.

Dass der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistischen Verbrechen in Mittel- und Osteuropa eine wesentlich Ursache für die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges war, ist unstrittig. Ebenso wenig kann bestritten werden, dass dies nicht die einzige Ursache war. Der Vertreibung liegen Entscheidungen verschiedener Akteure auf nationaler Ebene und auf internationalen Konferenzen zugrunde, so dass der Satz gilt: Der Fortgang der Geschichte am Ende des Zweiten Weltkrieges wäre auch ohne die Vertreibung denkbar gewesen.

# Tschechien muss nach Initiative des UN-Menschenrechtsausschusses Benes-Dekrete thematisieren

Jochen-Konrad Fromme zur Initiative des UN-Menschenrechtsausschusses gegenüber der Regierung in Prag

Zum wiederholten Male hat der UN-Menschenrechtsausschuss sich mit den Möglichkeiten der Restitution von im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen konfiszierten Eigentums in der Tschechischen Republik beschäftigt. Zum wiederholten Male wurde dabei festgestellt, dass die in der Tschechischen Republik bestehenden Regelungen mit dem Völkerrecht nicht konform gehen.

Dabei wurde erklärt, dass es in der Tschechischen Republik keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen und Rechtsbehelfe gebe, um Verfahren über das im Zuge der Vertreibung konfisziertes Eigentum innerstaatlich ordnungsgemäß durchzuführen.

Auch wird darauf verwiesen, dass heute noch die Benes-Dekrete bei der Bestätigung des Status quo angewandt werden.

Bereits im Herbst 2001 hat sich der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen mit dem im Jahr 1992 geschaffenen tschechischen Restitutionsgesetz (Gesetz 243/1992) befasst und dessen diskriminierende Wirkungen aufgezeigt. Seinerzeit war das Gesetz zur Restitution von Vermögen so geändert worden, dass der ununterbrochene Fortbestand der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft bis 1990 zur Grundvoraussetzung für eine Restitution wurde. Dies wurde als diskri-

minierend gegenüber Flüchtlingen und Vertriebenen, die zuvor schon durch die Anwendung der Benes-Dekrete ihre Staatsbürgerschaft verloren hatten, kritisiert.

Mit dem jüngsten Beschluss des UN-Menschenrechtsausschusses ist wieder einmal deutlich geworden, dass der Fortbestand der Teile der Benes-Dekrete, die sich mit den deutschen und den ungarischen Bevölkerungsgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei befassen, weder mit dem Völkerrecht noch mit den Rechtsgrundsätzen der Europäischen Union konform gehen.

Es wäre daher ein großer Fortschritt für ein Rechts- und Wertesystem der Europäischen Union, wenn die Tschechische Republik ihre bisher starre Haltung in Bezug auf den Fortbestand der Benes-Dekrete aufgeben würde. Bedenklich ist auch, dass in Prag ein neues Institut zur Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit des Landes eröffnet worden ist, wobei laut Medienberichten die Jahre 1945 bis 1948 keine Behandlung erfahren sollen.

Es wäre ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte im Hinblick auf eine dauerhafte Aussöhnung, wenn man die Vertreibung der Deutschen nicht ausklammern würde.

# Kooperation zur Verbesserung der Integration deutscher Spätaussiedler in den Arbeitsmarkt vereinbart

Arbeitsgruppe erörtert mit berufsständischen Organisationen Anerkennungsverfahren und Weiterqualifikation



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Susanne Jaffke, Helmut Sauer, Jochen-Konrad Fromme, Beatrix Philipp, Dr. Lothar Theodor Lemper (Otto-Benecke-Stiftung), Dr. Annette Güntert (Bundesärztekammer), Dr. Michael Griesbeck (BAMF), Dr. Gerold Lehngut (BMI) und Regina Jordan (BAMF)

Eines der größten Probleme vieler deutscher Spätaussiedler, besonders derjenigen mit einer akademischen Ausbildung, auf dem Weg in den Arbeitsmarkt ist die Anerkennung von Studien- und Ausbildungsleistungen.

Erstmals brachte die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Verantwortliche aus den entscheidenden Bereichen an einen Tisch. Zur Frage der Anerkennung von Studien- und Ausbildungsleistungen nahm eine Vertreterin der Bundesärztekammer sowie der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Freier Berufe, Arno Metzler an dem Gespräch teil. Zu den Fragen der Nachholung einzelner Qualifikationsbestandteile und der Programme zur Beendigung von Abschlüssen nahmen Vertreter des Bundesamtes für

Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie der Geschäftsführer der Otto-Benecke-Stiftung, Dr. Lothar Theodor Lemper, an dem Gespräch teil.

Es wurde festgestellt, dass Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen auch heute noch zu wenig transparent sind und die Aufgabenräger häufig noch nicht gut genug vernetzt sind. Auch sind die Programme zur Nachholung von Qualifikationsbestandteilen noch verbesserungswürdig, um die Menschen zu ertüchtigen, in ihrem Ausbildungsberuf tätig sein zu können.

Die Anwesenden verabredeten in Form einer Arbeitsgruppe an den Fragestellungen weiterzuarbeiten. Das Gespräch soll im Rahmen der Aussiedlerkonferenz am 3. März 2008 fortgesetzt werden.

## Gesamtkonzept Friedland zur Verbesserung der Integration im Koalitionsvertrag ist zu begrüßen

Jochen-Konrad Fromme lobt den Koalitionsvertrag von CDU und FDP zur Zusammenarbeit in Niedersachsen

Es ist zu begrüßen, dass das Land Niedersachsen im Rahmen der Koalitionsvereinbarung sich zu Friedland bekennt und ein Gesamtkonzept anstrebt. Im Text der Vereinbarung heißt es: „Das Land setzt sich nachhaltig für die aktive Integration von Spätaussiedlern ein. Das Grenzdurchgangslager Friedland entwickeln wir zu einem modernen ‚Gesamtkonzept Friedland‘ fort, das historische Erinnerungen mit aktuellen Integrationspolitischen Bedürfnissen verknüpft.“

Damit wird der besondere die Integration fördernde Ansatz der Erstaufnahmestation für Spätaussiedler fortentwickelt. Dies ist ausdrücklich zu

begrüßen.

Zu unterstützen ist auch das ausdrückliche Bekenntnis des Landes, sich im Bundesrat für die Interessen rechtswidrig Verfolgter und der im Zuge der so genannten Bodenreform Enteigneter einzusetzen. Wörtlich heißt es in der Vereinbarung: „Die Landesregierung wird über den Bundesrat darauf hinwirken, dass die Opfer menschenrechtswidriger Verfolgung und Enteignung im Zuge der so genannten Bodenreform einen gerechten Ausgleich erfahren.“ Damit wird ein wichtiges Thema aufgegriffen und es werden erneut Anstöße zu einer gerechten Lösung gegeben.

# Das „sichtbare Zeichen“ soll sehr zügig im Bundeskabinett beschlossen werden

Staatsminister Bernd Neumann verteidigt das „sichtbare Zeichen“ im Rahmen der Fragestunde im Bundestag

*Frage aus der Linksfraktion:*

*Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es für die deutsch-polnischen Beziehungen hilfreich ist, wenn der Staatsminister und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, öffentlich erklärt, dass das Zentrum gegen Vertreibung auch ohne polnische Beteiligung beschlossen werden könnte, und trifft es zu, dass das Konzept für das „sichtbare Zeichen“ sehr ausgereift ist und demzufolge die polnische Seite diesem Konzept nur noch zustimmen kann oder ganz verzichten muss (Berliner Zeitung, 31. Dezember 2007)?*

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

In der angeführten Meldung der Berliner Zeitung wird in unzutreffender Weise aus einem Interview zitiert, das der Focus mit mir geführt und in seiner Ausgabe vom 31. Dezember 2007 veröffentlicht hat. Dort habe ich im Gegenteil darauf hingewiesen, dass wir der neuen polnischen Regierung angeboten haben, am „sichtbaren Zeichen“ mitzuwirken. Auf die weitere Frage: „Ziehen Sie das Projekt jetzt aber auch ohne polnische Beteiligung durch?“ habe ich wörtlich geantwortet:

Das Konzept ist bereits sehr ausgereift und durchdacht, auf gar keinen Fall soll hier Geschichte umgedeutet werden. Deswegen glaube ich, dass wir eine Tolerierung des Projekts durch Polen erreichen können, eine Beteiligung und Mitarbeit wären aber sicher noch besser.

Diesem Ziel dient die für den 5. Februar geplante Reise einer deutschen Delegation unter meiner Leitung, bei der die Planungen in Warschau erläutert und die Optionen deutsch-polnischen Zusammenwirkens eruiert werden sollen.

Ihre Schlussfolgerungen, Frau Kollegin, dass die polnische Seite dem Konzept nur zustimmen kann oder ganz verzichten muss, ist unzutreffend. Richtig ist aber, dass das „sichtbare Zeichen“ als eine staatliche Aufgabe in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft durch mein Haus errichtet und umgesetzt werden soll. Dieses Vorgehen entspricht dem Auftrag, der im Koalitionsvertrag formuliert ist, und diesen Auftrag wollen wir erfüllen. So ist mein letzter Satz in dem besagten Focus-Interview zu verstehen. Dieser Satz lautet:

In jedem Fall werden wir das im Koalitionsvertrag vereinbarte „sichtbare Zeichen“ in absehbarer Zeit im Kabinett beschließen.

*Nachfrage aus der Linksfraktion:*

*Augenscheinlich haben Sie meine Anfrage genutzt – das ist erfreulich –, um in der Sache präziser zu werden und nachzudenken. Das ist gut.*

*Ich möchte gerne wissen, welche Reaktionen es von der polnischen, der tschechischen und der russischen Seite auf die bisherigen Planungen der Bundesregierung gibt und inwieweit Sie diese Reaktionen in Ihre Überlegungen schon einbezogen haben.*

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Russische Reaktionen sind mir nicht bekannt; es liegen keine entspre-

chenden Meldungen vor. Wir haben aber unmittelbar nach Bildung der Regierung, ausgehend von der Zielsetzung, ein solches „sichtbares Zeichen“ zu errichten, Kontakte in verschiedene Richtungen aufgenommen. Sie wissen, dass in der Koalitionsvereinbarung auch auf das europäische Netzwerk Bezug genommen wird, dem zurzeit Polen, Ungarn, die Slowakei und wir angehören. Ich hatte eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Konzeptes eingesetzt. Dieser Gruppe gehörten zwei verantwortliche Wissenschaftler aus Ungarn und Polen an. Ich habe im Laufe der Jahre 2006 und 2007 eine Reihe von Gesprächen, auch mit dem



damaligen polnischen Kulturminister – er gehört der Regierung inzwischen nicht mehr an –, vorgenommen.

Kürzlich, Anfang dieses Jahres – am 11. Januar –, fand in Warschau ein Symposium zu dem Thema „Erinnerungsorte in Ost- und Mitteleuropa“ statt. Schirmherren waren die Kulturminister der vier von mir genannten Länder. Auch auf diesem Forum hat der Kollege Markus Meckel die Gelegenheit ergriffen, über die Zielsetzung dieses „sichtbaren Zeichens“, so wie es die Koalition vereinbart hat, zu referieren. Das heißt, hier gibt es seit längerem umfangreiche Kontakte. Dass es prinzipielle Fragestellungen gibt, insbesondere im polnischen Bereich, ist bekannt. Gerade mit der neuen polnischen Regierung wollen wir versuchen, die Chance zu nutzen, diese Bedenken im positiven Sinne auszuräumen, zu zerstreuen. Das ist auch der Grund für meine Reise nach Polen.

*Frage von Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):*

*Herr Staatsminister, ich freue mich sehr, dass es Ende des Monats zu der Reise nach Warschau kommt. Ich möchte Sie fragen, ob Sie nicht mit mir der Meinung sind, dass die Gesprächsbereitschaft der neuen polnischen Regierung auch genutzt werden müsste, um dort mehr zu tun, als nur das Konzept vorzustellen, nämlich tatsächlich ein echtes Gespräch zu führen, also wegzukommen von einem – so sage ich jetzt einmal – patriarchalischen Verhalten nach dem Motto: „Schaut doch mal: Wir können eure Bedenken zerstreuen. Jetzt stimmt doch zu!“ und dahin zu kommen, tatsächlich dem zuzuhören, was uns die Polen zu sagen haben, deren Ideen und Vorstellungen einzubeziehen, um in diesem Sinne auch der Formulierung des Koalitionsvertrages zu entsprechen, nach der im Zusammenhang mit dem Netzwerk „Erinnerung und Solidarität“ dieses „sichtbare Zeichen“ errichtet werden soll. Damit*

*ist ja gemeint, dass man auch die Vorstellungen der Partner, hier insbesondere Polens, einbindet.*

Bernd Neumann, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Ja, ich glaube, dass die von Ihnen geschilderte Zielsetzung richtig ist. Ich wiederhole: Ich habe dieses Einbeziehen bereits mit Vertretern der vorangegangenen Regierung versucht. Ich denke, dass wir jetzt mit der neuen Regierung einen kooperativeren Partner haben. Das Ziel ist, wie auch der Kollege Markus Meckel aus Ihrer Fraktion auf der von mir geschilderten Tagung zum Ausdruck gebracht hat, das nicht nur vorzustellen, sondern auch dafür zu werben, später in Gremien – sagen wir einmal: in einem wissenschaftlichen Beirat – mitzuwirken. Mit dem Beschluss über das Rohkonzept sind wir noch nicht bei einem endgültigen Ergebnis.

Dann kommt der nächste Schritt: das Konzept unter Einbeziehung von Diskussionen in einem Symposium zu verfeinern, um dann die eigentliche Dokumentationsstätte, die Ausstellung vorzubereiten. So ist das angelegt.

Hier sind wir optimistisch im Hinblick auf das Ziel, nicht nur mitzuteilen, sondern auch zu motivieren, dabei mitzuwirken.

Es soll nicht nur um Flucht und Vertreibung der Deutschen gehen, sondern wir wollen den europäischen Gedanken einbeziehen. Von

Flucht und Vertreibung sind, aus unterschiedlichen Gründen, auch viele andere Völker betroffen. Das soll eine Dokumentationsstätte werden, die Flucht und Vertreibung generell, insbesondere in Europa, aufarbeitet. Wir fahren mit dem Ziel nach Polen, hierfür Partner zu gewinnen.

[...]Der ganze Prozess ist ja als eine Art Dialogprozess angelegt. Wenn die Bundesregierung nun die Absichtserklärung, die in der Koalitionsvereinbarung steht, konkretisiert und ihre Pläne dann auf einem Symposium zur Diskussion stellt, zu dem wir insbesondere kompetente Vertreter aus den betroffenen Ländern einladen, dann impliziert das ja, dass man deren Meinung einbeziehen will.

Wenn wir dazu einladen – wie jetzt jüngst vom Kollegen Meckel geschehen, aber auch von mir schon mehrfach getan –, an der Ausgestaltung dieses „sichtbaren Zeichens“ teilzunehmen, dann führen wir, wie ich finde, genau den Dialog, den Sie meinen. Das ist unsere Absicht.

Die verkürzte Wiedergabe meines Interviews in der Berliner Zeitung war, wie gesagt, nicht hilfreich. Wenn man aber den Artikel des Focus liest, auf den da Bezug genommen wurde, dann wird klar, was gemeint ist. Insofern bin ich dankbar, dass ich hier noch einmal die Gelegenheit hatte, das zu interpretieren.

## Film über die „Wilhelm Gustloff“ macht Geschichte für nachfolgende Generationen lebendig

Jochen-Konrad Fromme anlässlich der Vorpremiere des ZDF-Zweiteilers „Die Gustloff“ im Cinemaxx in Berlin

Nach dem die ARD mit dem Zweiteiler „Die Flucht“ von Anfang vergangenen Jahres hat sich nun das ZDF mit seinem Zweiteiler über den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ im Spielfilmformat mit einer sehenswerten Produktion an die Aufarbeitung eines der großen Themen der deutschen Geschichte gewagt.

Der Untergang der „Wilhelm Gustloff“ am 30. Januar 1945 steht wie ein Symbol für das schwere Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkrieges und zugleich für die größte Schiffskatastrophe der Geschichte.

Die ZDF-Produktion zeichnet sich durch eine große Liebe zum Detail und eine enge Orientierung an den historischen Fakten aus. Die fiktionale und dramatische Darstellung um die Brüder Kehding arbeitet glaubhaft die historischen Fakten auf. Der ZDF-Zweiteiler ist erneut ein guter Film zur rechten Zeit. Er belegt das große Bedürfnis in Deutschland, sich der eigenen Geschichte zu vergewissern. Viel zu lange wurde die Geschichte von Flucht und Vertreibung aus der Wahrnehmung der Deutschen verbannt und einer wirklichen Aufarbeitung vor breitem Publikum entzogen.

Wer Flucht und Vertreibung in Deutschland thematisierte, galt über viele Jahre als Revanchist und Ewiggestriger. Das ist heute, Gott sei Dank, vorbei.

Für die Entstehung dieses Zweiteilers ist besonders auch dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, zu danken, der das Filmprojekt gegenüber Joseph Vilsmaier angeregt und über die Jahre begleitet hat, wie der Regisseur im Rahmen der Premierenfeier betonte. Ein Film, der im Spielfilmformat, auf der Basis der historischen Fakten, Geschichte aufarbeitet, ist ein wichtiges Element, den jüngeren und künftigen Generationen die gesamtdeutsche Geschichte lebendig zu präsentieren, worunter Flucht und Vertreibung ein besonders wichtiges und dramatisches Kapitel darstellen.

Der Flucht der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges folgte nach Kriegsende über mehrere Jahre die millionenfache Vertreibung aus der Heimat. Vor allem die Vertreibungsgeschichte bietet ein bisher unerschöpftes noch großes Potential für weitere große Filme und die Filmemacher sollten den Mut haben, sich auch diesem Themenbereich zu nähern.

# Gute Zusammenarbeit mit Deutschen in Kasachstan

Vorsitzender der Wiedergeburt und des Deutsch-Kasachischen Unternehmerverbandes zum Gespräch in Berlin



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Erika Steinbach, Nadja Burluzkaja, Vorsitzende des Jugendverbandes der Deutschen in Kasachstan, Alexander Dederer, Vorsitzender von „Wiedergeburt“ und DKAU in Kasachstan, Henning Niederhoff, Jochen-Konrad Fromme

Zu einem Gespräch über die Lebenssituation der Deutschen in Kasachstan sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Vorsitzenden der Organisation der deutschen Minderheit „Wiedergeburt“ und Präsidenten der Deutsch-Kasachischen Assoziation der Unternehmen (DKAU), Alexander Dederer und mit der Vorsitzenden der Jugendorganisation der Deutschen in

Kasachstan, Nadja Burluzkaja. Dabei konnte festgestellt werden, dass die zunehmende Entwicklung des Landes auch Chancen für Deutsche bieten sich zu engagieren und Lebensperspektiven aufzubauen. Alexander Dederer dankte in dem Gespräch für die sehr gute Unterstützung seitens der Arbeitsgruppe bei der Verteidigung von Rechtspositionen deutschstämmiger Unternehmer und bei der Erteilung von Visa.

## Neues Internetportal für deutsche Minderheiten

Der Beauftragte der Bundesregierung für die deutschen Minderheiten, Christoph Bergner, eröffnete das Portal

Unter [www.agdm.fuen.org](http://www.agdm.fuen.org) vermittelt das Internetportal unmittelbar Informationen über deutsche Minderheiten und Volksgruppen in 24 Staaten Europas und Zentralasiens und enthält zahlreiche Links zu weiterführenden Quellen, insbesondere auch zu den regionalen deutschsprachigen Zeitungen.

Im Hinblick auf die deutschen Volksgruppen in Europa und Zentralasien hat der gemeinsame Internetauftritt der deutschen Minderheiten folgende Aufgaben: Unterrichtung der Allgemeinheit über die Existenz der Minderheiten, ihre Größe, Struktur, Verbände und aktuellen Ereignisse. Unterrichtung der Minderheiten untereinander über aktuelle Ereignisse, Personalien, politische Forderungen und Erfolge.

Staatssekretär Dr. Bergner erklärte:

„Für die Pflege der kulturellen Identität deutscher Minderheiten wird die Nutzung des Internets zukünftig vermutlich eine wachsende Bedeutung gewinnen.

Dank dieses Mediums können die Angehörigen der deutschen Volksgruppe eines Landes untereinander problemlos Kontakt halten, in Verbindung zu deutschen Minderheiten anderer Staaten treten sowie intensive Beziehungen zu Interessenten in Deutschland pflegen.

Für die Entwicklung des Konzeptes für einen solchen Internetauftritt und seine Betreuung bin ich der Föderalistischen Union Europäischer Volks-

gruppen (FUEV) mit ihrem Präsidenten Hans Heinrich Hansen und dem Generalsekretär Frank Nickelsen, der deutschen Minderheit in Ungarn und der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEV, beide vertreten durch Dr. Koloman Brenner, sehr dankbar. Ein solcher Plan ließ sich nur verwirklichen, weil die

Minderheitenverbände aktiv mitwirken und zwar zum einen durch Lieferung von Grundtexten über die jeweilige Volksgruppe und zum anderen durch die Angabe von Internetlinks, die auf regelmäßig gepflegte Websites in den einzelnen Minderheiten verweisen.

Mir ist bewusst, dass ein solches Vorhaben der dauerhaften Unterstützung der Verbände bedarf, damit sich die deutschen Minderheiten sachgerecht und aktuell präsentieren können. Besteht ein kontinuierlicher Beteiligungswille der Volksgruppen – wovon ich schon jetzt ausgehe –, dann ist das BMI bereit, nicht nur die erstmalige Einrichtung des Portals, sondern auch die laufenden Kosten zu finanzieren.“



# Vertreibungsgeschichte der Deutschen in historischen Gesamtzusammenhang stellen

Autoren des Schulbuches zu deutsch-polnischen Beziehungen zum Gespräch in der Arbeitsgruppe der Fraktion



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Anita Schäfer, Manfred Mack, Deutsches Polen-Institut Jochen-Konrad Fromme Dr. Matthias Kneip, Deutsches Polen-Institut und Stephan Mayer

Die Autoren des Schulbuches „Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen“. Dr. Matthias Kneip und Manfred Mack, beide Mitarbeiter beim Deutschen Polen-Institut in Darmstadt, stellten die Konzeption des Buches und die Inhalte den Mitgliedern der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor. Dabei verwiesen sie darauf, dass das Buch so konzipiert sei, einzelne Module in den Geschichtsunterricht einzuführen. Dabei seien diese Module bereits didaktisch so ausgearbeitet, dass sie von den Lehrern ohne weiteren Aufwand verwendet werden können.

Angesichts der Tatsache, dass die Curricula heute bereits sehr voll sein, ermögliche diese Form der Aufbereitung, dass das Buch auch verwandt werde. Das Werk wurde insgesamt gelobt, es wurden aber auch Anregungen für Verbesserungen gegeben. Dabei war es den Mitgliedern der Arbeitsgruppe sehr wichtig, dass vor allem das Kapitel der Vertreibungsgeschichte in einen historischen Gesamtzusammenhang gestellt wird. Eine Darstellung, welche die Vertreibung einzig und allein als die Folge des von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieges darstellt sei unhistorisch.

## Ausstellung über Herbert Hupka in Wiesbaden

Rudolf Friedrich eröffnete die Ausstellung über einen der bekanntesten Vertriebenenpolitiker Deutschlands

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, freute sich bei der Ausstellungseröffnung im Haus der Heimat darüber, dass der Bund der Vertriebenen seiner Empfehlung entsprechend die Ausstellung „Erinnerung an Dr. Herbert Hupka“ nach Wiesbaden geholt hat. Die Ausstellung erinnert an Dr. Herbert Hupka, den langjährigen Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, der im Jahr 2006 im hohen Alter von 91 Jahren verstorben ist.

Der Landesbeauftragte nannte Hupka einen aufrechten Anwalt der Vertriebenen, der die wechselvolle deutsche Geschichte am eigenen Leib erfahren hat. Nach den schmerzlichen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur, den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und den grausamen Vertreibungen sei er nicht nur zu einem fundierten Kommentator der Geschehnisse, sondern ebenso zu einem leidenschaftlichen

Verfechter von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geworden. „Das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung, die Geltung unveräußerlicher Menschenrechte sowie das Recht auf die angestammte Heimat waren für ihn Kardinalfragen der Politik“, so Friedrich. Dr. Herbert Hupka habe durch sein vielfältiges Engagement als Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen und als Präsident der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat das öffentliche Bild der deutschen Heimatvertriebenen wesentlich geprägt. Sein christlicher Glaube habe ihm geholfen, sich einen realistischen Blick auf die Zukunft Schlesiens zu bewahren.

Friedrich erinnerte an das Grußwort von Hupka bei der Eröffnung des Schlesischen Museums zu Görlitz im Mai 2006, das er noch selbst verfasst, aber nicht mehr selbst vortragen konnte.

Es endete mit den Feststellungen „Schlesien lebt“ und „Schlesien kennt kein Amen“.

## Christa Stewens sprach bei den Sudetendeutschen

„Es ist an der Zeit, dass sich Europa endlich vorbehaltlos auch den sudetendeutschen Fragen öffnet. Die Vertriebenen und ihre Nachkommen wollen und dürfen von Europa nicht vergessen werden. Hier heilt die Zeit keine Wunden. Für uns geht es immer auch darum, unsere Nachbarn zu gewinnen, Vergangenheit und Zukunft als etwas Gemeinsames begreiflich zu machen und die Chancen, die sich daraus ergeben, zu bekräftigen. Das Schirmland Bayern wird die Volksgruppe dabei unterstützen“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bei der konstituierenden Sitzung der XIV. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München.

Die Ministerin begrüßte, dass der langjährige Streit zwischen Polen und Deutschland um ein Zentrum gegen Vertreibungen endlich beigelegt werden konnte. Deutschland werde nun endlich das tun, was ihm niemand abnehmen kann: eine Stätte der Erinnerung und der Trauer zu schaffen für die Opfer der Vertreibung.

## Jahresplanungskonferenz mit Deutschen in Rumänien

Anlässlich der Jahresplanungskonferenz erklärte der Parlamentarische Staatssekretär und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner, dass die Bundesregierung in Wahrnehmung der historisch-moralischen Verantwortung Deutschlands auch in diesem Jahr im Rahmen ihrer Hilfenpolitik weiterhin Solidarität mit der deutschen Minderheit in Rumänien übe.

Das Budget des Bundesministerium des Innern (BMI) für Hilfen an die deutsche Minderheit in Rumänien beträgt im Jahr 2008 insgesamt 1,66 Mio. €. Der Einsatz dieser Fördermittel wurde auf der Jahresplanungskonferenz, die am 29. Januar 2008 in Hermannstadt tagte, von BMI-Vertretern mit den Repräsentanten des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) im Beisein von Vertretern der Deutschen Botschaft Bukarest, des Generalkonsulates Hermannstadt und des Bundesverwaltungsamtes erörtert.

Das mit der Bereitstellung der Mittel verfolgte förderpolitische Ziel ist es, die deutsche Minderheit in Rumänien im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten durch Hilfe zur Selbsthilfe möglichst nachhaltig zu unterstützen.

Dieses Anliegen hat nach dem EU-Beitritt Rumäniens nicht an Bedeutung verloren - im Gegenteil: die Zusammenarbeit innerhalb der EU bietet neue Perspektiven für eine gemeinsame Förderung der deutschen Minderheit. Durch die deutsche Minderheit werden vielfältige Bindungen zwischen Deutschland und Rumänien belebt und gestärkt.

Nach intensiver Beratung wurde die diesjährige Hilfenplanung von der Jahresplanungskonferenz einvernehmlich verabschiedet. Dabei zeigte sich der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bergner, beeindruckt von dem lösungsorientierten Geist der Gespräche mit dem DFDR unter seinem Vorsitzenden Klaus Johannes, die erneut in einer partnerschaftlichen Atmosphäre stattfanden.

## Bernd Posselt neuer Sprecher der Sudetendeutschen

Der Münchner CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt (51) wurde zum Sprecher, also zum weltweit obersten politischen Repräsentanten, der Sudetendeutschen Volksgruppe gewählt. Die mehr als drei Millionen Sudetendeutschen leben seit ihrer Vertreibung aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg über mehrere Staaten verstreut, die Hälfte von ihnen in Bayern, wo sie neben Altbayern, Schwaben und Franken der Vierte Stamm sind. Vorgänger Posselts als Sprecher waren seit der Vertreibung der ehemalige Landeshauptmann von Deutschböhmen und Abgeordnete im Österreichischen Reichsrat der Habsburger Monarchie Rudolf Ritter Lodgman von Auen, der Bundesminister der Adenauer-Ära Hans-Christoph Seebohm, der Bundestagsabgeordnete Walter Becher, der bayerische Staatsminister Franz Neubauer und bis zur jetzigen Neuwahl Johann Böhm.

## IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154